

## **Protokoll Mobilitätsrat Charlottenburg Wilmersdorf**

**Konstituierende Sitzung am 3.3.22**

**Videokonferenz**

**Beginn 17:05**

### **TOP 1 Konstituierung**

- Bezirksstadtrat Schruoffeneger eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Teilnehmenden. Er dankt für das Engagement. Ziel der Arbeit des Mobilitätsrats soll es sein, das breite Spektrum an unterschiedlichen Perspektiven von Institutionen und Initiativen einzubeziehen, um Zielkonflikte bei der Umsetzung des Mobilitätsgesetzes produktiv bearbeiten zu können.
- Daher wird es in dieser Wahlperiode kein eigenständig tagendes bezirkliches Gremium für den Fußverkehr und kein eigenständig tagender Fahr-Rat sondern Sitzungen unter einem gemeinsamen Dach als „Mobilitätsrat“, dessen Zusammensetzung im Februar von der BVV beschlossen wurde.
- BzStR Schruoffeneger geht in Schlagworten auf die aktuellen Rahmenbedingungen der Berliner Verkehrspolitik zu Beginn dieser Wahlperiode ein:
  - Während die erste Novelle des Mobilitätsgesetzes (Fußverkehr) in der letzten Wahlperiode beschlossen, kam die Novelle zum Wirtschaftsverkehr und neuen Formen der Mobilität nicht mehr zustande
  - Es wurden Zuständigkeitsänderungen im Koalitionsvertrag und den Richtlinien zur Regierungspolitik festgehalten, bei denen Umfang und Umsetzungszeitpläne jetzt noch nicht feststehen
  - Das Haushaltsgesetz wird (voraussichtlich) erst im Juni beschlossen, was bei vielen, insbesondere noch nicht begonnen Vorhaben dazu führt, dass keine Mittel zur Verfügung stehen und darüber hinaus keine Planungssicherheit besteht.
- Herr Schruoffeneger schlägt vor, eine Vorstellungsrunde bei der ersten Sitzung in Präsenz zu machen, wenn auch die noch fehlenden Mitglieder benannt wurden.

### **TOP 2 Verfahren und Arbeitsweise:**

- BzStR Schruoffeneger stellt die Eckpunkte der Arbeitsweise in der 6. Wahlperiode da:
  - Es sind zunächst 4 Sitzungen im Jahr geplant (weitere geplante Termine 12.5., 24.8., 10.11).
  - Es wird wieder ein Protokoll seitens der Verwaltung geben.

- Auf den Internetseiten wird entsprechend eine Seite für den Mobilitätsrat angelegt, auf der die Protokolle und ggf. weitere Sitzungsunterlagen öffentlich zugänglich gemacht werden.
- Der Mobilitätsrat ist ein Beratungsgremium. Um wirksam in dieser Größe beraten zu können, brauche es eine Konzentration auf grundsätzliche Fragen und größere Vorhaben. Da die Sitzungszeit knapp sei, sollen alle Beteiligten die Möglichkeit haben, zu vorgestellten Projekten auch schriftlich Stellung zu nehmen.

Fr. Jantzen [FUSS e.V.] regt an, einen Austausch für diejenigen anzubieten, die neu in der Gremienarbeit sind, sowie die Bildung thematischer Arbeitsgruppen an. BzStR Schruoffeneger kann dem folgen, für Arbeitsgruppen aber keine kontinuierliche Begleitung durch Dienstkräfte über einen Input-

Hr. Broy [Changing Cities] hält mehr als 4 Termine für sinnvoll, auch Hr. Schmitt [VCD NordOst] schließt sich dem an und stellt neben der Sitzungsfrequenz heraus, dass aus die Schwerpunktsetzung und Arbeitsweise darüber entscheiden, ob die Gremienarbeit produktiv ist. Herr Voget [ADFC] berichtet, dass im Bezirk Mitte 6 Termine (mit Themenschwerpunkten) sowie eine Radtour und ein Spaziergang angesetzt.

Bei Bedarf werden zusätzliche Sitzungen einberufen, für ein „Neuentreffen“ wird es eine Abfrage geben.

### **3. Vorgaben des Mobilitätsgesetzes für den Bezirk - Sachstände**

BzStR Schruoffeneger berichtet über den Stand der wesentlichen Rahmenbedingungen für die Berliner Mobilitätspolitik:

- Radverkehrsplan mit Radverkehrsnetz wurden noch vom alten Senat beschlossen und als Rechtsverordnung erlassen, noch keine Klarheit gebe es über Änderungsverfahren.
- Neue, an das Mobilitätsgesetz angepasste Ausführungsvorschriften Geh- und Radwege noch nicht fertiggestellt, was Unklarheit schafft
- Die im Mobilitätsgesetz verankerten zwei Ingenieurstellen für den Fußverkehr sind jetzt in den Haushaltsentwurf 2022/2023 eingestellt, eine Besetzung noch in 2022 ist nicht gewährleistet.
- Es liegen noch keine einheitlichen Vorgaben für die bezirklichen Fußverkehrsnetze vor.
- Auch zum Mobilitätsmanagement für Schulen und Kitas liegen noch keine fertigen Konzepte auf dem Tisch, der Bezirk hat hier durch verkehrliche Untersuchungen aller Schulstandorte bereits Grundlagen geschaffen.

### **4. Überblick über aktuelle Maßnahmen im Bezirk**

Die Zählgemeinschaft hat sich vorgenommen in den nächsten fünf Jahren pro Jahr in zwei Kiezen den Durchgangsverkehr herauszunehmen und den Verkehr zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und Lebensqualität flächenhaft zu beruhigen, wofür jährlich eine Million Euro zur Verfügung gestellt werden sollen. Für zwei Kieze sind bereits Verkehrsuntersuchungen in der Erstellung, die in diesem Jahr in die Umsetzung gehen, für die nächsten zwei Kieze werden in diesem Jahr Untersuchungen begonnen. Im Mai werden öffentliche Veranstaltungen zu den beiden untersuchten Kiezen stattfinden, die Ergebnisse im Juni im BVV-Ausschuss beraten.  
Auswahl von den nächsten zwei Blöcken als mögliches Thema

Auch Nachfrage von Fr. Jantzen, ob es sich dabei um „Kiezblocks“ handelt, erläutert BzStR Schruoffeneger, dass er die Beschreibung als flächenhafte Verkehrsberuhigung bevorzugt.

Ein weiterer Schwerpunkt im Fachbereich Tiefbau ist die Schulwegsicherheit. Die vorliegenden Untersuchungen würden in der Umsetzung überschlägig 40 Mio. weshalb - wo sinnvoll - gleichartige Maßnahmen an verschiedenen Standorten gebündelt umgesetzt werden sollen (bspw. Kiss & Go-Zonen, Piktogramme).

#### weitere Maßnahmen in 2022

- **Fasanenstraße:**
  - Fertigstellung Einmündungsbereiche
- **Fasanenstraße:**
  - Fahrradstraße zw. Lietzenburger Straße und Hohenzollerndamm ist fertig geplant
- **Hardenbergstraße**
  - Fertigstellung Restarbeiten unter der Bahnbrücke
- **Wexstraße**
  - Geschützter Radstreifen zw. Bundesallee und Prinzregentenstraße (Südseite) ist fertig geplant
- **„Opernroute Nord“ (Maßnahme der infraVelo)**
  - Realisierung Abschnitt zw. Bismarckstraße und Otto-Suhr-Allee ab Frühjahr
  - Planungsauftrag Abschnitt zw. Otto-Suhr-Allee und Olbersstraße im April
- **Kantstraße**
  - Verstetigung Pop-Up-Radweg westlich der Wilmersdorfer Straße soll in diesem Jahr angeschoben werden
- **Spandauer Damm**
  - Radwegsanierung (Richtung Wiesendamm)
- Schließung Mittelstreifen **Berliner Straße / Prinzregentenstraße**
  - Anordnung ist da, Finanzierung steht noch nicht
- **Friedrichshaller Straße**

- Anbindung der Sackgasse an die Berkaer Straße, eine Finanzierung ist in Aussicht gestellt.

### Maßnahmen Im Planung

- **Spree-Rad- und Wanderweg**
  - Es gab eine 2. erfolglose Ausschreibung des 9. und 10. Abschnitts
  - Finanzmittel aus Senatstöpfen reichen nicht aus
- **Grolmanstraße** (relevantes Fußverkehrsprojekt gem. MobG)
  - Nach zwei erfolglosen Submissionsversuchen ist die Beauftragung der Machbarkeitsstudie nun erfolgt.
- **Berliner Straße** zw. Badensche Straße und Bundesallee (Lärminderungsprogramm)
  - Aktuell Erstellung einer Entwurfsplanung
- **Kantstraße** östlich Wilmersdorfer Straße
  - Senat hat als planerische Vorgabe Fahrstreifen, Bussonderfahrstreifen, geschützter Radfahrstreifen ausgegeben.
  - Im Mai ist ein Termin zwischen Senat, Bezirken und weiteren Akteuren geplant, um das weitere Vorgehen abzustimmen und auch das anlaufende Logistikprojekt (mit umweltfreundlichen (Klein-)Fahrzeugen) zu integrieren

Hr. Schmitt VCD [NordOst] fragt, ob es einen Grund für die (erst jetzt) stattfindenden Klärung des eigentlich langen bekannten Problems. BzStR Schruoffeneger hat auch keine Erklärung dafür, außer das bekannte Grundproblem, dass solche Zielkonflikte nie zur allseitigen Zufriedenheit geklärt werden können. Eine Lösung allein „auf Kosten“ des ruhenden Verkehrs sei aufgrund der immensen Bedeutung des Ladens/Liefers auf der Kantstraße nicht vorstellbar.

Hr. Broy [Changing Cities] fragt nach Verspätungen der BVG und Handlungsdruck, Frau Heins [BVG] wird sich um eine Ergänzung bemühen, die in das Protokoll aufgenommen wird.

[vereinbarte Ergänzung von Frau Heins [BVG] zu den Auswirkungen:

„Die Reisegeschwindigkeit ist bei allen Buslinien in der Kantstr. durchschnittlich um 1 km/h gesunken, was zu Fahrzeitverlängerungen sowie einem Fahrzeugmehrbedarf führt. Attraktivitätsverluste für unsere Fahrgäste sind die Folge. Durch die Umsetzung der Pop Up Radspur unter Beibehaltung des ruhenden Verkehrs wurde der Radverkehr auf Kosten des ÖPNV beschleunigt. Ein Beispiel dafür, wie notwendig eine gemeinsame Planung der Verkehrsmittel des

Umweltverbundes ist. Der ÖPNV muss bei der Radverkehrsplanung immer mitgedacht werden und vice versa.“]

- **Olbersstraße** zw. Gaußstraße und Tegeler Weg
  - o Lärmschutzprogramm, Planungsbüro arbeitet
- **Hohenzollerndamm** zw. Fehrbelliner Platz und Sächsische Straße
  - o wurde bereits in der vorherigen Wahlperiode im Fahr-Rat besprochen
- **Spandauer Damm** zw. Sophie-Charlotten-Straße und Luisenplatz
  - o wurde bereits in der vorherigen Wahlperiode im Fahr-Rat besprochen
  - o Finanzierung steht nicht, da eine Mischfinanzierung vorgesehen ist (barrierefreier Ausbau der Bushaltestelle soll integriert werden)

## Vorstellung FGÜs

Herr Herzog [Bezirksamt, Fachbereich Tiefbau] gibt einen Überblick über die verschiedenen Planungsstände, die im Protokoll aufgeführt werden.

[Übersicht Fußgängerüberwege (Stand 1.4.2022)]

### **Umsetzung geplant in 2022 (Mittelbescheide liegen vor)**

- Reichsstraße / Eschenallee (quasi fertig)
- Auguste-Viktoria-Straße / Berkaer Straße 33.000,00 €
- [GWV!] Max-Dohrn-Straße 25.000,00 €
- Paulsborner Straße/ Nestorstraße 65.000,00 €

### **Umsetzung geplant in 2022 (schulnahe Standorte; Mittel in Aussicht gestellt)**

- Sömmeringstraße 10 45.500,00 €
- Holtzendorffstraße / Friedbergstraße 75.000,00 €

### **Weitere fertige Planungen, Umsetzung bei Mittelbereitstellung möglich**

(priorisierte Reihenfolge).

1. FGÜ Hohenzollerndamm / Eisenzahnstraße 90.000,00 €
2. FGÜ Wintersteinstraße / Charlottenburger Ufer 150.000,00 €
3. FGÜ Wiesbadener Straße / Johannisberger Straße 25.000,00 €
4. FGÜ Auerbachstraße / Fontanestraße 110.000,00 €
5. GW Lise-Meitner-Straße 30 (Comes) 110.000,00 €
6. FGÜ Hagenstraße / Reuterpfad 50.000,00 €
7. FGÜ Fontanestraße 15 55.000,00 €

Derzeit wird der FGÜ Sömmeringstraße / Nordhauser Straße (Fahrtrichtung Nord) erweitert.

Entfall von zwei Stellplätzen auf dem Mittelstreifen für eine bessere Sichtbeziehung. Eine vergleichbare Maßnahme wird am FGÜ Sömmeringstraße / Quedlinburger Straße (Fahrtrichtung Süd) durchgeführt.

#### **Nächste Maßnahmen**

- FGÜ Mierendorffplatz / Osnabrücker Straße, Entwurf liegt vor
- GWV Amtsgerichtsplatz Gehwegvorstreckung, Entwurf liegt vor
- FGÜ Heckerdamm / Bernhard-Lichtenberg-Straße, bei Ortstermin zugesagt
- FGÜ Heckerdamm / Geitelsteig, eingereicht, aber noch nicht zugesagt
- FGÜ Wiesbadener Straße / Sodener Straße, Entwurf liegt vor

Nach Nachfragen von Herrn Friedrich [BehB] und Herrn Schmitt [VCD NordOst] erklärt Herr Herzog [Bezirksamt, Fachbereich Tiefbau] dass in der Arbeitsgemeinschaft bei der Senatsverwaltung nur Fußgängerüberwege und Querungshilfen bearbeitet werden, dezidiert keine Lichtsignalanlagen (Ampeln).

### **5. Radverkehrsplan - Priorisierungen und Änderungsbedarfe**

BzStR Schruoffeneger stellt dar, dass das Verfahren zu Änderungen immer noch unklar sei. Wichtig für einen Umsetzungsprozess ohne Reibungsverluste seien zunächst zwei Aspekte:

- **Übergabepunkte** an den Bezirksgrenzen müssen mit den jeweiligen Nachbarbezirken abgestimmt werden, wenn hier Änderungsbedarf gesehen wird
- **Konsensuale Abschnitte** des Vorrangnetzes müssen identifiziert werden, um Planungskapazitäten dort zu binden.

Die Radverbände haben eine priorisierte Liste von möglichen Fahrradstraßen erstellt, die bei der nächsten Sitzung aufgerufen wird. Diese Liste und die Liste der Übergabepunkte an den Bezirksgrenzen werden mit der Bitte um Feedback im Nachgang zur Sitzung verschickt.

### **6. Verschiedenes**

- Der Bezirk arbeitet an der Planung zur Vorbereitung der Parkraumbewirtschaftung. Insgesamt wurde der Bereich innerhalb des S-Bahn-Rings in 26 Zonen aufgeteilt, die schrittweise umgesetzt werden. Angefangen wird am Prager Platz, da hier durch Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung in Schöneberg der Parkdruck von allen Seiten absehbar besonders steigen wird. Nach Möglichkeit soll die Umsetzung in Kombination mit anderen Maßnahmen (Verkehrsberuhigung) erfolgen.

- Als Vorschlag für einen nächsten Kiez für eine flächenhafte Verkehrsberuhigung wird der RIAS-Kiez genannt.
- Zum Hinweis, dass der geplante Ausbau der Elektroladeinfrastruktur nicht an Hauptverkehrsstraßen stattfinden soll, um den Bau von geschützten Radverkehrsanlagen nicht zu behindern merkt Frau Zakel [Bezirksamt, Straßenverkehrsbehörde] an, dass dies in der Verwaltung berücksichtigt werde
- Frau Zakel [Bezirksamt, Straßenverkehrsbehörde] ergänzt noch zur zuvor thematisierten Kantstraße, dass es dort 3 personenbezogene und 2 allgemeine Schwerbehindertenparkplätze gibt, die berücksichtigt werden müssen.
- Fr. Jantzen [FUSS e.V.] benennt Instandhaltung im Sinne der Barrierefreiheit als ein Thema, das behandelt werden sollte
- Zum Thema Gehwegparken merkt BzStR Schruoffeneger an, dass er hier Potential für eine Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft sieht. Es fehlt hier wie an vielen Stellen an elektronisch/digital erfassten Daten.
- Hr. Schmitt [VCD NordOst]- Parkraumbewirtschaftung - aktuelle Untersuchung - müsste Erkenntnisse geliefert haben, Gebiet müsste eingegrenzt werden, außerdem bittet er darum, auch konzeptionelle Dinge zu besprechen wie grundsätzlich Entscheidungen getroffen werden (Beispiel: Abstellanlagen)
- Hr. Friedrich [BehnB] dankt Frau Zakel für die Thematisierung der SB-Parkplätze und ergänzt als weitere dringliche Belange von Menschen mit Behinderungen, sichere Kreuzungen/Überwege (oft zugeparkt) und das Ärgernis behindernd abgestellter Roller im öffentlichen Raum.
- Fr. Zakel [Bezirksamt, Straßenverkehrsbehörde] bittet um Verständnis, dass die Kapazitäten begrenzt sind und nicht unbegrenzt Listen abgearbeitet werden können, weshalb beim Thema Gehwegparken eine Differenzierung nach Handlungsbedarfen wichtig wäre.
- Hr. Broy [Changing Cities] bittet um klare Vorgaben, was aus Verwaltungssicht Kriterien für eine sinnvolle Erhebung wären.
- Fr. Balkow [Fraktion GRÜNE] ergänzt den Baumschutz als Kriterium für problematisches Gehwegparken

Aus den Anregungen wird eine verwaltungsintern abgestimmte Erfassungstabelle erstellt. In dieser Form könnten dann durch Interessierte aus dem Kreis des Mobilitätsrats Informationen übermittelt werden, die vom Bezirksamt zusammengeführt werden.

Nächste Sitzung geplant am 12.5. - Themen?

- Rücklauf zu Radverkehrsnetz darstellen
- Kiezkonzepte - welche sind die nächsten Kieze
- Schulwegsicherheit